

Datum: 13. April 2011

Flugplatzgegner schicken Resolution nach Mainz

Sie wollen nicht nur keinen Nachtflug. Der Verein "Bürger gegen Nachtflug" will, dass in Bitburg gar nicht mehr geflogen wird und hat dieser Forderung nun in einem Schreiben an die künftige Landesregierung Nachdruck verliehen.

Bitburg. Was auch immer gerade geschehen mag, um aus dem Flugplatz Bitburg einen internationalen Fracht-, Werft- und Passagierflughafen namens "Bit-Airport" zu machen - es ist nicht zu erfahren. Diejenigen, die wissen, was hinter den Kulissen des geplanten 400 Millionen Euro teuren Projekts geschieht, schweigen hartnäckig. Nicht so die Gegner: Der Verein "Bürger gegen Nachtflug" hat diese Woche eine Resolution nach Mainz geschickt. Adressaten sind die Parteien, die die neue Landesregierung stellen. Und da die Grünen dazugehören, hofft der Verein, dass seine Forderungen erhört werden: "Wir fordern die Parteien auf, eine Änderung der Luftverkehrspolitik vorzunehmen und zu beschließen, dass angesichts der Vielzahl von Flughäfen in der Großregion weder ein Bedarf für einen Verkehrslandeplatz Bitburg besteht, noch für einen internationalen Flughafen, wie ihn der Luxemburger Frank Lamparski in Bitburg entwickeln möchte", heißt es in dem Schreiben. Es sei auch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, einen Flugplatz für Hobbyflieger vorzuhalten. "Wir erneuern unsere Forderung, das Gelände in Zukunft für erneuerbare Energien zu nutzen", schreiben die Flugplatzgegner, denen vorschwebt, auf der ehemaligen Airbase einen Energiepark aufzubauen. Ein Plan, der jede Fliegerei ausschließen würde, denn neben Photovoltaikanlagen will der Verein auch Windräder haben. Die Wiesen sollen genutzt werden, um Gras für Biogasanlagen zu gewinnen und die Hallen, um Holzhackschnitzel zu lagern oder zu trocknen.

Das könne den Eifelkreis einen wichtigen Schritt weiterbringen auf dem Weg zur Energieautonomie. "Die Regierung sollte dafür den Weg ebnen", findet die Bürgervereinigung. kah